



Alternativantrag

der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu „Erarbeitung einer zukunftsweisenden und partizipativen Landesstrategie Seniorinnen- und Seniorenpolitik für Schleswig-Holstein“ (Drucksache 20/3175)

Zukunftsweisende und partizipative Seniorinnen- und Seniorenpolitik in Schleswig-Holstein

Der Landtag wolle beschließen:

Die Auswirkungen des demografischen Wandels und insbesondere die Erfahrungen aus der Coronapandemie zeigen, dass eine gesellschaftlich umfassende und langfristig ausgerichtete Seniorinnen- und Seniorenpolitik in Schleswig-Holstein dringend erforderlich ist. Ältere und hochbetagte Menschen haben in den denkbar unterschiedlichsten Lebenslagen spezifische Bedarfe und Bedürfnisse, die individuelle Lösungen erfordern. Für dieses weite Spektrum von gesundem Altern bis hin zu langwierigen Krankheitsfällen und Pflegebedürftigkeit ist es eine Kernaufgabe unseres Sozialstaates, passgenaue gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten anzubieten, Präventionsangebote zu stärken und Rahmenbedingungen für einen lebenswerten Alltag bis ins hohe Alter zu gewährleisten. Eine eng mit der Engagement- und Präventionsstrategie, sowie weiteren Politikfeldern, verzahnte Seniorinnen- und Seniorenpolitik ist entscheidend dafür, wie wir in einer älter werdenden Gesellschaft generationsübergreifend gut zusammenleben können.

Vor diesem Hintergrund bittet der Schleswig-Holsteinische Landtag die Landesregierung, die jeweiligen Elemente ihrer Politik für Seniorinnen und Senioren in Schleswig-Holstein im Rahmen einer Befassung des Sozialausschusses vorzustellen. Diese Maßnahmen sollen in Zusammenarbeit mit allen relevanten Akteurinnen und Akteuren weiterentwickelt werden, um sie praxisnah und unter besonderer Fokussierung älterer und hochbetagter Menschen sowie

generationsübergreifend auszurichten, auf Landes- und kommunaler Ebene umzusetzen und partnerschaftlich in der Fläche Schleswig-Holsteins zu fördern.

In die Überlegungen soll einbezogen werden, wie der Einsamkeit entgegengewirkt, der Dialog der Generationen gefördert, wie erreicht werden kann, dass Ältere bei der Digitalisierung nicht überfordert werden, wie seniorengerechte Mobilität und Wohnen, eine Gesundheits- und pflegerische Versorgung im Alter, Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen sichergestellt und Erwerbstätigkeit über den Ruhestand hinaus ermöglicht werden kann.

In diese Prozesse sind die Erkenntnisse und die Expertise des Altenparlaments einzubeziehen.

Werner Kalinka
und Fraktion

Jasper Balke
und Fraktion